

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Inklusiver Gewaltschutz jetzt – sexualisierte Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen wirksam bekämpfen

Antragstext

1 Der Landesparteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein fordert die
2 grüne Landtagsfraktion auf, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass
3 Menschen mit Behinderungen in Schleswig-Holstein sicher und selbstbestimmt leben
4 können. Ein wesentlicher Baustein dafür ist die konsequente Stärkung der
5 Prävention sexualisierter Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen.

6 Dazu sollen insbesondere folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

7 **1. Inklusive Umsetzung des Gewalthilfegesetzes sicherstellen**

- 8 • Schleswig-Holstein stellt sicher, dass die landesweite Umsetzung des
9 Gewalthilfegesetzes von Beginn an die spezifischen Bedarfe von Frauen mit
10 Behinderungen systematisch berücksichtigt. Sie werden partizipativ in die
11 Weiterentwicklung des landesweiten Netzes von Schutz- und
12 Beratungsangeboten einbezogen. Bereits bestehende Strukturen werden mit
13 Blick auf den ab 2032 geltenden Rechtsanspruch konsequent barriereärmer
14 gestaltet. Dabei sind insbesondere der Zugang zu Schutz- und
15 Beratungsangeboten, der Einsatz von Dolmetscher*innen (z. B. für
16 Gebärdensprache und Leichte Sprache), assistive Kommunikationsformen sowie
17 die gezielte Qualifizierung des Fachpersonals zu gewährleisten.
- 18 • Das Land stärkt spezialisierte Beratungsstellen und Projekte zur
19 Prävention sexualisierter Gewalt, die sich gezielt an Frauen mit

20 Behinderungen wenden. Dazu gehören beispielsweise erfolgreiche Modelle wie
21 das Projekt „**ECHT KRASS!**“ der PETZE-Initiative, „**Selbstbestimmt Leben und**
22 **Lieben**“ in Nordfriesland oder die Arbeit von **Mixed Pickles e. V.** in Lübeck
23 oder von „**Pro familia**“ in Schleswig-Holstein.

24 **2. Zugang zum Recht sichern und Diskriminierung in Ermittlungsverfahren beenden**

- 25
- 26 Das Land Schleswig-Holstein entwickelt in Kooperation mit Fachstellen ein
27 Fortbildungs- und Sensibilisierungsprogramm für Polizei,
28 Staatsanwaltschaft und Gerichtspersonal zum Umgang mit Menschen mit
29 Lernschwierigkeiten in Fällen sexualisierter Gewalt. Dabei sollen
30 verbindliche Schulungsangebote eingeführt werden, die bestehende
31 Handlungsunsicherheiten abbauen und stereotype Annahmen über die
32 Glaubwürdigkeit von Menschen mit Behinderungen korrigieren. Ziel ist es,
33 dass die verantwortlichen Personen die Aussagefähigkeit
34 diskriminierungsfrei bewerten, assistive Kommunikationsformen in der
35 Beweismittelaufnahme anwenden können und fachlich qualifizierte,
36 behinderungssensible Gutachten sicherstellen können. Angestrebt wird, dass
37 das Fortbildungs- und Sensibilisierungsprogramm auch für Mitwirkende im
KIK-Netzwerk geöffnet und zugänglich gemacht wird.
 - 38 Das Land Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, dass in den bestehenden
39 Ausbildungs- und Schulungsangeboten für die Polizei sowie für Mitwirkende
40 im KIK-Netzwerk der Umgang mit Menschen mit Lernschwierigkeiten in Fällen
41 sexualisierter Gewalt stärker berücksichtigt wird. Dabei soll insbesondere
42 die Anwendung assistiver Kommunikationsformen und -hilfen in der
43 Beweismittelaufnahme verankert und praxisnah vermittelt werden. Ziel ist
44 es, eine diskriminierungsfreie Bewertung von Angaben betroffener Personen
45 sicherzustellen und stereotype Annahmen über deren Aussagefähigkeit
46 abzubauen. Ergänzend entwickelt das Land in Kooperation mit Fachstellen
47 Informations- und Schulungsmaterialien, die den beteiligten Institutionen
48 zur Verfügung gestellt werden, um Handlungssicherheit und Fachwissen im
49 Umgang mit Menschen mit Behinderungen weiter zu stärken.
 - 50 Schleswig-Holstein setzt sich auf der Justizminister*innenkonferenz dafür
51 ein, dass bundesweit verbindliche Standards für diskriminierungssensible
52 Ermittlungsverfahren eingeführt werden, die den spezifischen Bedarfen von
53 Menschen mit Behinderungen gerecht werden – im Einklang mit der UN-
54 Behindertenrechtskonvention und der Istanbul-Konvention (etwa durch
55 Anpassungen der Richtlinien für das Strafverfahren (RiStBV) und der
56 Strafprozessordnung (StPO))

57 **3. Gewaltschutz in Einrichtungen partizipativ und barrierefrei gestalten**

- 58 • Gewaltschutzkonzepte in Einrichtungen der Behindertenhilfe werden unter
59 Beteiligung der Bewohner*innen, Klient*innen, Frauenbeauftragten und
60 Interessenvertretungen partizipativ entwickelt und verbindlich umgesetzt.
61 Sie müssen Leitbilder, Verhaltenskodizes, Präventionstrainings für
62 Bewohner*innen, regelmäßige Fortbildungen für Fachkräfte sowie klare
63 Vorgaben zu Ansprechpersonen und Verfahren bei Verdachtsfällen enthalten.
- 64 • Zur Umsetzung des § 37a SGB IX entwickelt das Land Schleswig-Holstein
65 verbindliche Qualitätsstandards für Gewaltschutzkonzepte in Einrichtungen.
66 Diese Standards werden zukünftig im Landesrahmenvertrag nach § 131 SGB IX
67 als Qualitätskriterium und Finanzierungsbestandteil verankert. Sie sollen
68 alle Formen von Gewalt sowie geschlechtsspezifische Perspektiven
69 berücksichtigen. Ein besonderer Schwerpunkt soll auf der Vermeidung
70 einrichtungsspezifischer Menschenrechtsverletzungen liegen, etwa im
71 Zusammenhang mit freiheitsentziehenden Maßnahmen und der Wahrung sexueller
72 Selbstbestimmung. Zudem soll angestrebt werden, dass die
73 Gewaltschutzkonzepte und ihre Umsetzung in den Einrichtungen
74 stichprobenartig überprüft werden.
- 75 • Frauenbeauftragte in Werkstätten und Wohneinrichtungen werden verbindlich
76 mit erweiterten Mitbestimmungsrechten, ausreichenden Ressourcen und
77 fachlicher Begleitung ausgestattet. Ihre Arbeit wird durch regelmäßige
78 regionale und überregionale Austauschformate gestärkt.
- 79 • Zur übergreifenden Koordination und Weiterentwicklung wird auf Landesebene
80 eine Fachstelle „Inklusiver Gewaltschutz“ eingerichtet. Diese Fachstelle
81 vernetzt bestehende Strukturen, überprüft Fortschritte und entwickelt
82 Maßnahmen im Einklang mit der UN-Behindertenrechtskonvention und der
83 Istanbul-Konvention weiter. Alternativ wird geprüft, ob die Aufgaben in
84 das Kompetenzzentrum gegen geschlechtsspezifische Gewalt integriert werden
85 können.

86 **4. Sexuelle Bildung von Menschen mit Behinderungen in Schule und Ausbildung 87 verankern**

- 88 • Insbesondere Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte als erste
89 Ansprechpersonen müssen in der Lage dazu sein, Signale und Andeutungen von
90 Betroffenen von sexualisierter Gewalt zu erkennen und angemessen darauf zu
91 reagieren. Die Zusatzausbildung zu „Referenzpersonen für schulisches
92 Handeln im Kontext sexuellen Kindesmissbrauchs“ wird ausgebaut, um an
93 jedem Förderzentrum mindestens eine qualifizierte Ansprechperson
94 vorzuhalten.

- 95 • Sexuelle Bildung wird in der Überarbeitung des Lehrplans
96 Sonderpädagogische Förderung als Querschnittsthema verankert. In
97 Lehramtsausbildung und Fortbildung sollen Methoden, Materialien und
98 Kooperationspartner zur sexuellen Bildung von Menschen mit Behinderungen
99 systematisch berücksichtigt werden.
- 100 • Schutzkonzepte an Schulen werden regelmäßig stichprobenartig überprüft, um
101 sicherzustellen, dass sie den Bedarfen von Schüler*innen mit Behinderungen
102 entsprechen.

103 **5. Schutz vor sexualisierter Gewalt im öffentlichen Raum stärken**

- 104 • Das Land entwickelt in Kooperation mit Selbstvertretungsverbänden von
105 Menschen mit Behinderungen barrierearme Präventions- und
106 Awarenesskampagnen zum Thema sexualisierte Gewalt gegen Menschen mit
107 Behinderungen. Diese sollen über Rechte sowie Schutz- und
108 Hilfemöglichkeiten informieren und Menschen mit Behinderungen gezielt
109 erreichen. Informationen sollen dazu beispielsweise in Leichter Sprache,
110 Gebärdensprache, Brailleschrift und barrierearmen digitalen Formaten
111 bereitgestellt.
- 112 • Schleswig-Holstein setzt sich zum Ziel, dass Sicherheits- und
113 Präventionskonzepte im öffentlichen Raum, beispielsweise an Bahnhöfen und
114 bei Großveranstaltungen, die Bedarfe von Menschen mit Behinderungen
115 systematisch berücksichtigen. Dazu gehören barrierearme Notruf- und
116 Meldesysteme, taktile und akustische Orientierungshilfen sowie geschulte
117 Sicherheits- und Servicekräfte.